

Gefördert vom



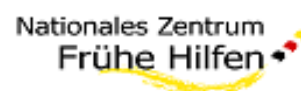
Februar 2021

## Expertise

# **Gefährdung im Jugendalter: Spezifische Anforderungen an den Prozess der Gefährdungseinschätzung und die Entwicklung eines Schutzkonzeptes**

Prof. Dr. Martin Wazlawik

In Kooperation mit:



**"Gefährdung im Jugendalter:  
Spezifische Anforderungen an den Prozess  
der Gefährdungseinschätzung und die Ent-  
wicklung eines Schutzkonzeptes"**

**Expertise**

**für das Deutsche Jugendinstitut (DJI) e.V.**

**Prof. Dr. Martin Wazlawik**

Hochschule Hannover

Fakultät V – Diakonie, Gesundheit und Soziales

Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe

Blumhardstr. 2

30625 Hannover

Telefon: 0511/9396-3140

[martin.wazlawik@hs-hannover.de](mailto:martin.wazlawik@hs-hannover.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Auftrag und Funktion der Expertise .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Grundlagen .....</b>	<b>4</b>
2.1 Begrifflichkeiten .....	4
2.2 Jugendliche und Jugend .....	6
2.3 Die Begriffe Schutz und Gefährdung in sozialpädagogischer Perspektive .....	10
<b>3. Gefährdungen von Jugendlichen .....</b>	<b>13</b>
3.1 Kindeswohlgefährdung bei Jugendlichen.....	13
3.2 Herausforderungen in der praktischen Arbeit .....	15
3.3 Anzeichen für eine Gefährdung von Jugendlichen - Ein Orientierungsversuch anhand des §8a SGB VIII .....	17
<b>4. Zusammenfassung und Perspektiven für die Praxis .....</b>	<b>24</b>
<b>5. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>28</b>

## 1. Auftrag und Funktion der Expertise

Die hier vorliegende Expertise ist Teil eines Qualitätsentwicklungsprojektes des DJI, welches zur Aufarbeitung und Reflexion von Kinderschutzfällen initiiert wurde.

In einem ersten Schritt werden im Kapitel zwei Grundzüge, Zielrichtungen und Rezeptionen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vorgestellt und diskutiert. Dazu werden in einem ersten Schritt Begrifflichkeiten vorgestellt und semantische Herausforderungen diskutiert. Das mag trivial sein, jedoch basiert eine Herausforderung des Schutzes von Jugendlichen vor Gefährdungen auch aus semantischen Unklarheiten und sprachlichen Ungenauigkeiten zwischen Rechtsbegriffen, pädagogischen Fachbegriffen und Alltagsverständnis. Nach einem kurzen Abriss zur fachlichen Grundlegung des Begriffs Jugend werden insbesondere sozialpädagogische Konzeptionen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorgestellt. Diese finden sich in einem Spannungsfeld zu sozialrechtlichen Normierungen, bedeuten jedoch kein „entweder-oder“, sondern bieten eine Folie für die notwendige sozialpädagogische Fundierung unbestimmter Rechtsbegriffe.

In einem dritten Kapitel werden die Besonderheiten des Schutzes von Jugendlichen vor Gefährdung sowohl in konzeptioneller, als auch in praktischer Hinsicht herausgearbeitet und in einem dritten Schritt wird versucht, anhand der Verfahrensschritte des §8a SGB VIII den Umgang mit Gefährdungen von Jugendlichen zu skizzieren.

Im abschließenden vierten Kapitel werden konzeptionelle und praktische Ableitungen herausgearbeitet.

Der Autor dieses Gutachtens wurde zur Erstellung dieser Expertise beauftragt.

## 2. Grundlagen

### 2.1 Begrifflichkeiten

Mit Blick auch auf die Inobhutnahmest Statistik und dort auf die Zahl der Inobhutnahmen aufgrund einer Kindeswohlgefährdung von Jugendlichen bleibt es immer wieder irritierend, dass der Schutz von Jugendlichen eigentlich seit der verstärkten Debatte um den Schutz von Kindern und Jugendlichen seit Ende der 1990er Jahre kaum eine nennenswerte Beachtung gefunden hat. Während Säuglinge und kleinere Kinder häufig im Fokus standen, lässt sich allenfalls eine kurze fachliche Debatte Anfang der 2010er Jahre für den Schutz von Jugendlichen konstatieren. Die Gründe dafür gilt es im weiteren zu entfalten. Festhalten lässt sich allerdings bereits hier der normative Kern des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland: Der besondere gesetzliche und fachliche Schutz von Kindern und Jugendliche gilt für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres<sup>1</sup>.

Zur Vergewisserung und Kartierung des Themengebietes scheint es notwendig, zunächst auch begriffliche und definatorische Fragen zu erörtern. Dies ist in dem Themenbereich insbesondere deswegen notwendig, da rechtliche, fachliche und alltagsorientierte Begriffe häufig synonym oder nicht sauber voneinander abgegrenzt benutzt werden. Neben möglichen inhaltlichen Gründen scheint daher auch aus semantischen Gründen der Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen für ihr Wohl nicht im Mittelpunkt der (fach-)öffentlichen Debatte über den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu stehen. Während *Kinderschutz* neben dem Schutz vor einer möglichen *Kindeswohlgefährdung* auch das Alter der Zielgruppe impliziert, ist der Begriff *Jugendschutz* inhaltlich nicht äquivalent, sondern beschreibt die ordnungspolitischen Vorschriften zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit. Er umfasst dabei nicht die grundgesetzlichen und sozialpolitischen Regelungen zum Umgang mit Gefährdungen von Jugendlichen und die daran anknüpfenden Handlungsaufforderungen für Mitarbeiter\_innen der Kinder und Jugendhilfe. Als Äquivalent zum Begriff *Kinderschutz* hat sich für das Jugendalter von daher der Begriff *Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen* (vgl. *Wazlawik 2012*) als möglicherweise zielführend erwiesen. *Kinderschutz* bzw. *Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen* sind dabei Sammelbegriffe für pädagogische Präventions- und Interventionsmaßnahmen, die der Abwendung potenzieller oder bestehender Gefährdungen des kindlichen und jugendlichen Wohls dienen. Dabei scheint es so, dass insbesondere der Begriff des *Kinderschutzes*

---

<sup>1</sup> Mit Blick auf die Debatten um „Care-Leaver“ und junge Volljährige gibt es auch nach der Vollendung des 18. Lebensjahres Begründungszusammenhänge für weitere Betreuungsangebote. Gleichzeitig gilt es der rechtlichen Volljährigkeit Rechnung zu tragen.

zu einer Art „Modebegriff“ geworden ist, der zum einen ein möglicher Ausdruck eines Kontrolldiskurses gerade in der Sozialen Arbeit (Lutz 2010) ist, zum anderen durch seine Konjunktur eine gewissen Beliebigkeit und Unschärfe erfährt. Aus den Erfahrungen der sogenannten „Kinderschutzdebatte“ konstatieren beispielsweise Meysen/ Eschelbach (2012) bezogen auf die damaligen Regelungen des sog. „Bundeskinderschutzgesetzes“, dass sich dort „ein Sammelsurium an Aspekten, die mehr oder weniger mit Fragen des Schutzes oder der Rechte von Kindern assoziiert sind“ (ebd., S. 48) befindet, welches sich insbesondere vom handlungsleitenden Begriff der *Kindeswohlgefährdung* wegbewegt.

Der Begriff der *Kindeswohlgefährdung* kennzeichnet in seiner Verbindung mit dem entsprechenden Schutzauftrag eine gesetzlich normierte Handlungsschwelle. Kindeswohlgefährdung ist dabei ein unbestimmter Rechtsbegriff, der u. a. als Maßstab im familiengerichtlichen Verfahren angelegt wird und die Eingriffsschwelle sowie die Eingriffsberechtigung des staatlichen Wächteramts in das grundgesetzlich geschützte Elternrecht beschreibt (vgl. Art. 6 Abs. 2 GG, § 1666 BGB, § 8a SGB VIII). Die Kriterien für die Feststellung einer *Kindeswohlgefährdung* sind schließlich erfüllt, wenn die gegenwärtig vorhandene Gefahr für das Wohl des Kindes bzw. der/des Jugendlichen so massiv ist, dass sich eine erhebliche Schädigung in dessen/deren weiterer Entwicklung mit hoher Sicherheit voraussagen lässt (vgl. BGH FamRZ 1956, S. 350). Dabei ist „Kindeswohlgefährdung kein dichotom zu klassifizierendes Phänomen (Gefährdung besteht/Gefährdung besteht nicht)“, sondern liegt vielmehr zwischen diesen beiden Polen, so dass jeweils im Einzelfall die Eingriffsschwelle festgelegt werden muss (vgl. Münder/ Mutke/ Schone 2000, S. 358). Auch wenn der Begriff *Kindeswohlgefährdung* etwas anderes suggerieren mag, bildet er die Legitimationsgrundlage staatlicher Eingriffe nach § 1666 BGB sowie § 8a SGB VIII/§ 4 KKG für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf die rechtlichen „Tatbestandsmerkmale“ einer *Kindeswohlgefährdung*: Das Vorliegen einer Gefährdung und das Nicht-Wollen oder Nicht-Können der Abwendung durch die Personensorgeberechtigten. Daher ist der Begriff *Kindeswohlgefährdung* rechtlich mit Blick auf andere Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen, z.B. durch Mitarbeitende in Heimeinrichtungen, nicht zielführend.

Zu diskutieren ist an dieser Stelle, ob es nicht auch sinnvoll wäre den Begriff der *Kindeswohlgefährdung* ebenso wie weiter oben mit dem Begriff des *Kinderschutzes* geschehen, auf Jugendliche auch semantisch zu adaptieren und von Jugendwohlgefährdung zu sprechen. Im Unterschied zum Begriff des *Kinderschutzes* ist *Kindeswohlgefährdung* jedoch ein gesetzlich normierter Begriff. Der für Jugendliche vielleicht semantisch besser passende Begriff der Jugendwohlgefährdung ist in den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen (vgl. §§ 1666 f. BGB; §§ 8a, 8b SGB VIII; 4 § KKG) schlicht nicht vorgesehen. Die Verwendung dieses Begriffes scheint daher nicht zielführend, da er die

begrifflichen Herausforderungen eher weiter erschweren würde (vgl. Wazlawik 2012) und insbesondere auch Handlungsmöglichkeiten einschränken würde. Weiterhin ist zu beachten, dass der oftmals verwandte Begriff der Kindeswohlgefährdung ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, der u.U. auch die Legitimationsgrundlage für staatliche Eingriffe in das Elternrecht darstellt und daher auch für Jugendliche immer im Einzelfall ausbuchstabiert werden muss (vgl. § 1666 BGB sowie § 8a SGB VIII). Einen ähnlichen Schutzauftrag bei Jugendwohlgefährdung gäbe es momentan formal dann nicht.

## 2.2 Jugendliche und Jugend

Für alle Fragen, wie denn nun mit *Kindeswohlgefährdungen bei Jugendlichen* umzugehen ist, ist es zwingend notwendig, sich den „Gegenstand“ der Regelungen anzuschauen. Eine Auseinandersetzung um den Schutz von Jugendlichen kommt nicht umhin zu diskutieren, was denn mit dem Terminus Jugendliche und dem dahinterstehenden Konstrukt von Jugend letztlich gemeint ist. Dies ist umso entscheidender dahingehend, dass gerade im Kontext von Gefährdungen durch Jugendliche oder Gefährdungen von Jugendlichen „die Jugend“ als ein zentrales Aushandlungskonstrukt gesellschaftlicher Entwicklungs- und Konfliktlinien begriffen werden kann (vgl. Anhorn 2010). Oder wie bereits Hornstein (1979) formulierte, können Jugendprobleme als „Symptome für ungelöste gesellschaftliche Probleme“ angesehen werden (zitiert nach ebd.).

Jugend wird dabei weder im wissenschaftlichen Diskurs noch im sprachlichen Alltagsgebrauch einheitlich verwandt und begriffen. Alltagssprachliche Differenzen lassen sich hinsichtlich der Benennung von Jugend als spezifische Bevölkerungsgruppe, als biographische Phase im Lebensverlauf oder auch als Lebenshaltung finden (vgl. Moser 2010). Wissenschaftlich diskutiert wird Jugend ebenfalls als „Lebensphase“ (Hurrelmann/Quenzel 2012). Weiter wissenschaftlich ausdifferenziert kann Jugend auch als Moratorium, also als „Möglichkeitsraum der Entwicklung“ (Sander/Witte 2011), welchen Gesellschaften nachwachsenden Generationen bieten, als entwicklungspsychologische Reifephase, als historisches Phänomen oder als juristische Bezeichnung für eine festgelegte Altersphase verstanden werden (vgl. ebd.). Gemein ist allen Ansätzen, dass ‚Jugend‘ und damit auch ‚Jugendliche‘ nicht etwas ‚naturhaft Vorgegebenes‘ ist, sondern eher als gesellschaftliche Konstruktion zu fassen ist. Die Beschäftigung mit Jugend ist dabei wissenschaftlich ein relativ junges Phänomen und wird in der beschriebenen Kontextualisierung mit einer universellen Relevanz für alle ‚Jugendlichen‘ im 20. Jahrhundert verortet (vgl. Moser 2010; Hurrelmann 2012; Sander/Witte 2011). So

wurde erst mit Beginn der Industrialisierung und der damit auch einhergehenden Differenzierung der Lebensbereiche, wie sie z.B. in der Einführung eines allgemeinen Schulwesens zu finden ist, die Segregation in Lebensphasen verstärkt.

„Zwischen 1900 und 1950 hat sich die bis dahin als einzige dem Erwachsenenalter vorgelagerte Lebensphase Kindheit in eine frühe und in eine späte aufgegliedert, wobei die spätere Phase den Namen „Jugend“ erhielt. Es handelte sich zunächst noch um eine sehr kurze Phase im Lebenslauf, die zwischen dem Eintreten der Geschlechtsreife im Alter von 15 Jahren bei Frauen und 16 Jahren bei Männern und dem damals für die meisten jungen Menschen nur wenige Jahre später erfolgenden Eintritt in den Beruf und der Gründung einer eigenen Familie lag“ (Hurrelmann/Quenzel 2012, S. 20)

Hurrelmann/Quenzel (2012) konstatieren weiter, dass sich daraus im weiteren Verlauf bis heute „ein mindestens 10, in immer mehr Fällen 15 oder sogar 20 Jahre umfassender Lebensabschnitt entwickelt hat, der nicht mehr in erster Linie den Charakter eines ‚Übergangs‘ vom Kind zum Erwachsenen hat, sondern eine eigenständige Lebensphase markiert“ (ebd., S. 21). Verbunden mit der historischen Entwicklung des Jugendkonzeptes ist die Betrachtung und Erforschung von Jugendkulturen, die in einer modernen Lesart „eine positive Orientierungsfunktion für Heranwachsende übernehmen“ (Sander/Witte 2011, S. 660).

Neben den disziplinären, wie auch gesellschaftlichen Unterschieden in den Betrachtungsweisen von „Jugend“ benennen Sander/Witte (2011) jedoch auch „Konstitutiva eines Gleichaltrigenlebens Heranwachsender“ (ebd., S. 658).

„Zu den notwendigen gesellschaftlichen Vorbedingungen einer peerorientierten und kulturell je besonderen Lebensphase Jugend gehören Institutionen, wie z.B. Schule, die als Kristallisationskerne von Gleichaltrigenkulturen wirken. Weiter werden Heranwachsende erst über eine zumindest eingeschränkte Freistellung von Arbeit, Familie, Ehe und Verantwortlichkeit sowie über eine gewisse Autonomie der Lebensführung zu Jugendlichen. Die Lebensphase Jugend ist einerseits auf Bildung und Vorbereitung auf den Erwachsenenstatus ausgerichtet (Bildungsmoratorium). Andererseits ist Jugend daraufhin angelegt, die lebensphasenspezifischen Möglichkeiten der Gegenwart möglichst intensiv zu nutzen, Bedürfnisse zu entfalten und Wohlbefinden zu erreichen“ (Sander/Witte 2011, S. 658)

Im Zusammenhang des Verständnisses von Jugend als Moratorium wird insbesondere dessen Aufbrechen durch arbeitsgesellschaftliche Verpflichtungen diskutiert, was auch zu unstrukturierteren, längeren und unsichereren Übergängen in das Erwachsenenleben führt (vgl. ebd.). Diese längeren und unsichereren Übergänge treten auch im Kontext des Schutzes von Jugendlichen vor



Gefährdungen immer wieder auf. So ist gerade die Frage virulent, welche Hilfen und Unterstützungsangebote für junge Erwachsene, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, eröffnet werden können.

Je nach disziplinärem Jugendbegriff erweisen sich auch Forschungszugänge und Forschungskontexte als äußerst different. Dabei stellt sich in einer grundlegenden sozialwissenschaftlichen Perspektive die Frage, inwiefern aufgrund von Entstrukturierung und Entgrenzung der Jugendphase der wissenschaftliche Gegenstand ‚Jugend‘ sowohl theoretisch als auch empirisch erfassbar ist. Diese Thematik verschärft sich dahingehend, dass Jugendforschung häufig einen problemorientierten Ansatz hat, an den sowohl politische als auch praktische Ergebnis- und Verwertbarkeitserwartungen geknüpft sind, denen bisweilen begrenzt selbstreflexiv begegnet wird. Oder wie Griese (2005) dazu partiell resigniert formuliert: „Der social-problems-Ansatz in der Jugendforschung hat sich immer auch selbstreflexiv und kritisch der Frage zu stellen, inwieweit Jugendforschung mit ihren Erkenntnissen und (Defizit- oder Problem-) Konstrukten selbst zum Problem für Jugendliche werden kann“ (ebd.).

Neben problemorientierten Forschungsansätzen lassen sich in der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung bspw. Repräsentativbefragungen wie den Shell-Studien oder die DJI-Jugendsurvey Untersuchungen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Differenzen und Geschlechtskonstruktionen oder Forschungen zu soziokulturellen Differenzen finden (vgl. Sander/Witte 2011). Weitreichende Forschungsansätze fanden sich dabei auch immer wieder im Kontext der Beck'schen Individualisierungsthese, deren empirischer Gehalt im Kontext der Jugendforschung kritisch zu betrachten ist (vgl. dazu ausführlich Ziegler 2011). Daneben generierten milieubezogene und typologisierende Arbeiten wie z. B. die Sinus-Studien empirisches Wissen über – in dem Falle – Lebenswelten „der Jugendlichen“ (vgl. Calmbach et al. 2012). Neuere Arbeiten der Jugendforschung rekurrieren auf gerechtigkeitsorientierte Ansätze oder insbesondere auf Auswirkungen der Globalisierung, in denen „die Jugendphase als ein spezifischer Verarbeitungsmodus Heranwachsender, in dem globale Prozesse nicht nur als heteronome Strukturbedingungen wirken, sondern auch durch die Betroffenen kritisch und konstruktiv aufgegriffen werden können“ (Sander/Witte 2011, S. 662) begriffen wird.

Die Fragen von Globalisierung und Jugend sind dabei sowohl auf einer empirischen als auch auf einer theoretischen Ebene virulent. Sander/Witte (2011) formulieren dazu:

„Auch Jugend lässt sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Gravitationsfeld globaler Transformationsprozesse verorten und ist nicht (mehr) nationalstaatlich verfasst, sondern in ihrer globalisierten Kontextuierung zu

denken. So formt einerseits Globalisierung die konstitutiven Elemente von Jugend neu, andererseits wirken Jugendkulturen als 'kulturelle Produktivkraft' (...) beschleunigend auf die mit zunehmendem Tempo stattfindenden globalen 'Umbau-Prozesse' (...). Dabei gestalten sich diese wechselseitigen Einflussnahmen keinesfalls einheitlich, sondern differieren zwischen den Ländern und innerhalb der Länder selbst. Ein Vergleich struktureller Bedingungen für die Entfaltung von Jugend in verschiedenen Regionen der Welt zeigt, dass nicht ohne Weiteres von einer 'globalen Jugend' gesprochen werden kann (...). Ein differenzierter Blick ist notwendig, um das Aufwachen unter als Globalisierung bezeichneten Prozessen sozialen Wandels betrachten zu können. So zeigt sich, dass Jugend kein ubiquitäres Phänomen ist, sondern in vielen Gesellschaften durch Zwänge ökonomischer Existenzsicherung als Lebensphase stark verkürzt oder überhaupt nicht vorhanden ist" (ebd., S 658.)

Diese 2011 formulierte Prognose lässt sich für die Praxis insbesondere seit den Migrationsbewegungen im Jahr 2015 als ein konkret zu beobachtendes Phänomen erfassen. Auch hier zeigen sich Herausforderungen des Umgangs mit Differenz und Fragen der Gemeinsamkeit der Lebensphase Jugend und den Unterschieden hinsichtlich gesellschaftlicher Adressierungen von Jugendlichen. Im Kontext des Kinder- und Jugendschutzes werden dabei Fragen nach der Konstruktion und der Klassifizierung von spezifischen Jugendgruppen virulent (vgl. Anhorn 2010), die auch unter gerechtigkeits-theoretischen Gesichtspunkten kritisch zu betrachten sind, jedoch das gesellschaftliche Bild ‚von Jugend‘ und somit auch vermeintliche politische Entscheidungsnotwendigkeiten determinieren.

Die aufgrund des Rahmens der vorliegenden Expertise nur außerordentlich knapp skizzierten Überlegungen zu ‚der Jugend‘ oder ‚den Jugendlichen‘ machen zumindest deutlich, dass Jugend weder als einheitliche Gruppe, noch als klar umrissene biographische Dimension zu betrachten ist. Für den Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen stellt sich nun die Herausforderung, dass er nicht nur bezogen auf verschiedene ‚Gefährdungen‘ (s. nächstes Kapitel), sondern auch im Hinblick auf verschiedene ‚Jugenden‘ zu differenzieren ist. Gleichzeitig müssen bei der Bewertung von „Gefährdungen“ entwicklungstypische Herausforderungen, die vielleicht problematisch, anstrengend oder gesellschaftlich nicht positiv konnotiert sind, von Gefährdungen im rechtlichen Sinne einer Kindeswohlgefährdung getrennt werden. Auch wenn bei „anderen Gefährdungen“ Unterstützungsbedarfe angezeigt sind, wäre es professionsethisch und rechtlich unlauter, über die vermeintliche Konstruktion einer Kindeswohlgefährdung rechtlich Eingriffsrechte zu legitimieren.

### 2.3 Die Begriffe Schutz und Gefährdung in sozialpädagogischer Perspektive

Ziel aller sozialpädagogischen Handlungsansätze des „modernen Kinderschutzes“ (Bundschuh 2011, S. 10) ist es, den Einfluss negativer Faktoren auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Diesem universellen Ziel lässt sich grundsätzlich ohne größere Probleme zustimmen. Wer kann schon dagegen sein, dass eine Verringerung negativer Faktoren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gut zu sein scheint. Gleichzeitig erfordert dieser Ansatz die Notwendigkeit, hinreichend und im Sinne einer sozialwissenschaftlichen Verortung von Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe auch empirisch zu belegen, was denn negative Faktoren sind und welche Auswirkungen sie auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben (vgl. dazu kritisch Kindler 2011). Gleichzeitig wird sich an dieser Frage entscheiden, ob der Schutz von Kindern und Jugendlichen hier einen eigenen kritischen und begründbaren Maßstab für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen hat, oder ob er, wie dies z.B. für Teile der Jugendsozialarbeit diskutiert wird (vgl. Humme 2013), politisch-affirmativ ist und somit ohne klare eigene Positionierung unkritisch gegenüber politischen und gesellschaftlichen Entwicklungslinien bleibt. Kurzum: Die Frage nach den Bezugspunkten und dem schützenswerten ‚Wohl‘ von Kindern und Jugendlichen führt uns zur Frage nach den normativen Grundlagen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen.

Auch wenn aus den Regelungen des Grundgesetzes heraus nur bedingt eine Definition des positiven Begriffs Kindeswohl entwickelt werden kann, scheint die Frage des verwandten Maßstabs und der normativen Zuschreibungen zum Begriff des zu schützenden ‚Wohls von Kindern und Jugendlichen‘ zentral. Diese ‚normative Fundierung‘ ist zum einen für eine kritisch gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen positionierte Soziale Arbeit unverzichtbar (vgl. Otto et al. 2010), zum anderen bietet sie einen Begründungszusammenhang für die Auswahl von Informationen und Anhaltspunkten für die Beschreibung von Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen. Eine Begründung für die entsprechende Auswahl ist unverzichtbar, da die Beschreibung der möglichen Gefährdungen und damit verbundenen Schutzbereiche immer auf einer entsprechenden Selektion der Informationsbasen beruht und „Beschreibungen nicht auf ‚bloße‘ Beobachtungen zu reduzieren sind“ (Ziegler/Böllert 2011, S.170).

Neben einer Orientierung an den Grundrechten und Grundbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen wie sie bspw. die UN-Kinderrechtskonvention beschreibt, können auch weitreichendere, auf gerechtigkeits-theoretischen Überlegungen basierende Ansätze, wie der von Sen (2000) und Nussbaum (1999) begründete Capability Approach, einen analytischen Bezugsrahmen für das Wohl und

das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen anbieten (vgl. u.a. Otto/Ziegler 2008; Polutta/Albus 2010; Ziegler 2010). Im Capability Approach haben Sen und Nussbaum Überlegungen zur Autonomie von Menschen in Bezug zu strukturellen Rahmenbedingungen gesetzt. Dabei differenzieren sie zwischen „Capabilities“ und „Functionings“. Capabilities werden in dem Zusammenhang als Verwirklichungschancen oder Befähigungen beschrieben, während Functionings tatsächliche Handlungen und Tätigkeiten von Menschen bezeichnen (vgl. Bonvin 2009, S. 10).

Aus der Perspektive der Verwirklichungschancen geht es also um die „reale, praktische Freiheit der Menschen, sich für oder gegen die Realisierung bestimmter Funktionen bzw. Lebensführungsweisen zu entscheiden und d.h. eine eigene Konzeption des guten Lebens entwickeln und realisieren zu können“ (Otto/Ziegler 2008, S. 11). Dabei sind insbesondere diese Freiheitsaspekte und die ‚eigene Konzeption des guten Lebens‘ anschlussfähig an die normativen Aufforderungen mit den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, wenn bspw. der erzieherische Kinder- und Jugendschutzes Kinder und Jugendliche zu „Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie (...) Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen“ (§ 14 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) befähigen soll.

Dabei sind Capabilities das nach Sen (1992) zu fördernde Gut und stehen im Mittelpunkt sozialer Interventionen (vgl. ebd.). Damit sind nicht Güter oder Ressourcen alleine gemeint, da diese nicht automatisch zur Erweiterung von realen Handlungs- und Wahlfreiheiten führen (vgl. Bonvin 2009, S. 11). Bonvin (2009) formuliert dazu:

„Dies lässt sich anhand des klassischen Beispiels vom Fahrrad verdeutlichen: Wenn eine Person ein Fahrrad besitzt, aber zugleich nicht weiß, wie man es fährt oder es ihr verboten ist, das Fahrrad zu fahren (z.B. aufgrund soziokultureller, religiöser oder anderer Einflüsse) oder sie dies – z.B. aufgrund eines Mangels an angemessenen Straßen (oder anderer Infrastruktur) nicht tun kann, dann ist die Tatsache, ein Fahrrad zu besitzen, nicht in die reale Freiheit bzw. die Capability zur Mobilität übersetzbar“ (ebd.)

Kritisch diskutiert wird der Capability Approach hinsichtlich seines universalistischen Anspruches (vgl. z.B. Nieke 2011) und seiner lerntheoretischen Desiderate (vgl. Leßmann 2011), hinsichtlich seiner generellen Eignung für erziehungswissenschaftliche Kontexte (vgl. kritisch Babic 2011), seiner normativen Implikationen und Informationsbasen (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2011; Ziegler/Böllert 2011) sowie hinsichtlich der Fragen des „Paternalismusproblems“ im Kontext des Capability Approach (vgl. z.B. Steckmann 2008 oder Bossong 2011).

In einer Perspektive, die die Capabilities in den Blick nimmt, geht es nicht um eine formale Möglichkeit, sondern um die tatsächlich realisierbaren Möglichkeiten des Einzelnen. „Die Herausforderung

des Capability Ansatzes für die Soziale Arbeit liegt darin begründet, dass die Perspektive auf die Capabilities zwangsläufig auch den Blick auf die Fähigkeiten und Einstellungen der Individuen lenkt, deren positive Beeinflussung eine Kernaufgabe der Sozialen Arbeit darstellt“ (Polutta/Albus 2010, S. 226). Zentral ist, dass es aus der Sicht des Capability Approaches nicht Aufgabe von öffentlichen Programmen oder auch der Sozialen Arbeit sein kann, „ihren AdressatInnen spezifische ‚Functionings‘, d.h. Verhaltensweisen oder Fähigkeiten aufzuzwingen, sondern (darauf,) die Realfreiheiten bzw. Capabilities der AdressatInnen zu erweitern“ (Bonvin 2009, S. 11). Dieser Ansatz verknüpft Fragen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen mit ihrem Wohlergehen und kann in einem „offensiven“ Sinne die Engführung auf einen „Leib- und Leben-Schutz“ verringern (vgl. Ziegler 2010). Jedoch steht diese Sichtweise zumindest in einem Spannungsfeld zu gewünschten und erwarteten Verhaltensweisen, die aus durchaus guten Gründen und gutmeinend als ‚schützend‘ oder ‚förderlich‘ für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beschrieben werden. Und doch ergibt es sich auch für diese wohlgemeinte Perspektive, den Blick auf die tatsächlichen Möglichkeiten des Einzelnen zu lenken, was zwingend eine differenzierten Wahrnehmung von Zielgruppen erfordert. Damit ist jedoch nicht eine ausschließliche Orientierung an den Bedarfen von möglichen Zielgruppen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemeint. Oelkers/Schrödter (2008) bemerken mit Blick auf Konzeptionen von Wohlergehen, wie sie beispielsweise der Capability Approach vorschlägt, dass diese Ansätze nicht gleichzusetzen sind mit Konzeptionen des Wohlergehens, die sich ausschließlich an subjektiven Wünschen der Adressat\_innen orientieren. „Eine umstandslose Orientierung an manifesten Präferenzen läuft dementsprechend Gefahr, die im empirischen Sinne ungleiche und unter moralischen Gesichtspunkten häufig ungerechte Struktur des sozialen Raums schlicht zu reproduzieren. Mit Blick auf die typischen AdressatInnen der Sozialen Arbeit bedeutet dies häufig die Reproduktion von Miserabilität“ (ebd., S. 159).

Diese Kritik an der Orientierung an subjektiven Wünschen und Präferenzen und subjektiver Zufriedenheit als Maßstab zur Erfolgsmessung von wohlfahrtsstaatlichen Programmatiken nimmt Ziegler (2010) auf, wenn er einen „offensiven Kinderschutz“ gerade für die Zielgruppe der Jugendlichen beschreibt, der als Relationierung von (unnötigem) Leiden („suffering“) und den Möglichkeit der Entfaltung („flourishing“) angelegt ist (vgl. Ziegler 2010). Wenn diese Relationierung das Wohl von Kindern und Jugendlichen beschreibt und es dem Kinder- und Jugendschutz gleichzeitig um die Sicherstellung des Wohls von Kindern und Jugendlichen geht, dann ist dies „die zentrale Aufgabe einer legitimierbaren Form der öffentlich bereitgestellten Kinder- und Jugendhilfe“ (ebd., o.S.).

Deutlich wird hier, dass aus einer sozialpädagogischen Perspektive die Markierung von „Gefährdungen“ vor denen es denn Kinder und Jugendliche zu schützen gilt, ohne die Offenlegung dahinterliegender normativer Bezugspunkte, ohne eine Relationierung zu den jeweiligen Lebenslagen und zu den realen Möglichkeiten der Verwirklichung der Adressat\_innen, nicht zielführend erscheint. Gleichzeitig ergibt sich z.B. über eine Orientierung an normativen Bezugspunkten, wie sie bspw. der Capability Approach vorschlägt, die Möglichkeit einer substanziellen Ausbuchstabierung und einer gerechtigkeitsorientierten Profilierung des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Ein Schutz von Jugendlichen, der Fragen von Wohlergehen der Jugendlichen von Schutzaspekten entkoppelt läuft Gefahr, politisch affirmativ, formalistisch und nicht lebensweltbezogen zu agieren und ist daher aus einer professionellen Perspektive zu kritisieren.

### **3. Gefährdungen von Jugendlichen**

#### **3.1 Kindeswohlgefährdung bei Jugendlichen**

Nach den eher theoretisch-konzeptionellen Vorüberlegungen im Kapitel 2 werden in diesem Kapitel nun die Aspekte einer Kindeswohlgefährdung bei Jugendlichen näher perspektiviert. Dabei ist das „Wohl“ von Jugendlichen ebenso wie das „Kindeswohl“ nicht abschließend zu bestimmen und zu definieren, sondern immer auch durch historische oder bspw. religiöse Ansichten mitbestimmt und wird überdies beeinflusst durch biographische und wertbasierte Ansichten des Betrachters (vgl. dazu ausführlich Schone/ Hensen 2011). Der Gesetzgeber nimmt diese Annahme auf, indem er die Auslegung des „Wohls“ auf den Einzelfall orientiert und eine entsprechende Einzelfallprüfung erst bei einer Gefährdung des Wohls vorsieht. Gleichwohl gibt es aus einer fachlichen Perspektive begründete Hinweise auf Maßstäbe für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen. Maywald (2009) postuliert, das Wohl von Kindern und Jugendlichen aus einem bedürfnisorientierten Verständnis heraus zu sehen. Ein am Wohl des Kindes oder Jugendlichen ausgerichtetes Handeln ist dasjenige, „welches die an den Grundrechten und Grundbedürfnissen von Kindern (und Jugendlichen, Anm. d. Verf.) orientierte, für das Kind jeweils günstigste Handlungsalternative wählt.“ (Maywald, 2009, S.18). Ein weiterer Ansatz rekurriert aus einer im Kapitel 2.3 weiterführend beschriebenen gerechtigkeits-theoretischen Perspektive auf den sogenannten Capability Approach, der, von Amartya Sen und Martha Nussbaum begründet, keine Theorie im eigentlichen Sinne darstellt, sondern einen „analytischen und konzeptionellen Rahmen für die Soziale Arbeit“ bildet (Polutta/ Albus 2010, S. 225). Sen und Nussbaum haben auf der Grundlage ihres Konzepts Überlegungen zur

Autonomie von Menschen in Bezug zu strukturellen Rahmenbedingungen gesetzt und richten so den Blick auf die Möglichkeiten, sich real für oder gegen tatsächliche Handlungen und Tätigkeiten zu entscheiden. Dies scheint gerade in Fragen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen eine tragfähige und überlegenswerte Perspektive zu sein, richtet sie doch gerade einen Blick auf die individuellen Fähigkeiten und Einstellungen der Adressat\_innen und bietet eine Perspektive zur Entlarvung von formalistischen Angeboten und zur Identifizierung der tatsächlich realisierbaren Möglichkeiten des Einzelnen (vgl. Polutta/ Albus 2010).

Jugendliche gelten – wie Kinder auch – grundsätzlich dann als gefährdet, wenn ihre physische, psychische und/oder seelische Integrität bzw. Entwicklung beeinträchtigt ist (vgl. Schone/Hensen 2011). Dabei ist zu beachten, dass sich, in Abgrenzung zur Frage von Kindeswohlgefährdungen im Säuglings- und Kindesalter, die Frage der Operationalisierung dieser allgemein gehaltenen Gefährdungsbereiche komplexer darstellt. So lassen sich auch bei Jugendlichen „klassische Gefährdungslagen“, also Formen von Misshandlung, Vernachlässigung oder sexueller Gewalt in der Familie konstatieren. Gleichzeitig lassen sich jedoch insbesondere im Jugendalter Gefährdungen identifizieren, die durch ein Handeln oder Unterlassen der Jugendlichen selbst auftreten und in einer wie auch immer gearteten Weise als „Problemverhalten“ markiert werden. Hier ist jedoch wichtig zu unterscheiden, dass nicht das eigentliche „Problemverhalten“ eine Kindeswohlgefährdung darstellt, sondern eine unzureichende oder ausbleibende elterliche Reaktion darauf. Kindler verweist in diesem Zusammenhang auf die beiden Tatbestandsmerkmale einer *Kindeswohlgefährdung* bei Jugendlichen

**„1. Das Problemverhalten Jugendlicher kann für sich genommen alles begründen (z.B. einen Hilfebedarf oder einen gewichtigen Anhaltspunkt), aber keine Kindeswohlgefährdung** (Herv. i.O). Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass der Rechtsbegriff der Kindeswohlgefährdung die Aufgabe hat, für uns als Gesellschaft zu regeln, wann wir in elterliche Rechte eingreifen können und müssen. Eine Gefährdung setzt also voraus, dass die Sorgeberechtigten sie entweder herbeiführen oder aufrechterhalten. Trifft beides nicht zu, etwa bei Jugendlichen, die trotz elterlichen Bemühens einen ungünstigen Entwicklungsweg nehmen, kann auch der Begriff der Kindeswohlgefährdung nicht greifen.

**2. Eine Prüfung der elterlichen Haltung ist nur angezeigt, wenn ohne geeignete erzieherische Reaktion eine erhebliche Schädigung im Sinn des § 1666 BGB droht** (Herv. i.O). Da eine fehlende oder ungeeignete Reaktion von Eltern auf jugendliches Problemverhalten nur dann Bestandteil einer Kindeswohlgefährdung sein kann, wenn das Problemverhalten eines oder einer Jugendlichen akut oder bei „natürlichem“ (Anm. i.O.) Verlauf (d.h. ohne Intervention) eine erhebliche Schädigung erwarten lässt, macht es nur für diese Fälle Sinn, im Rahmen einer Gefährdungsabschätzung das erzieherische Einwirken der Eltern auf den oder die Jugendliche zu überprüfen. Bleibt das Problemverhalten eines oder einer Jugendlichen unterhalb der Schwelle einer zu erwartenden erheblichen Schädigung (und sei es noch so störend), so ist von vornherein klar, dass eine Kindeswohlgefährdung hieraus keinesfalls ableitbar sein wird und eine Prüfung der elterlichen Erziehungsfähigkeit daher unterbleiben kann.“ (vgl. Kindler 2010, S. 135f)

Diese zweite Kategorie bezeichnen Kindler/Lillig als „*Gefährdung als Transaktion*“. Sie markieren damit zum einen die auch für Jugendliche und jugendliches „Problemverhalten“ weiterhin bestehende Elternverantwortung, die „ätiologische Offenheit“ von Problemverhalten und gleichzeitig die Spezifität und die Begrenzungen des Konstrukts der *Kindeswohlgefährdung* als Interventionsgrundlage für identifizierte problematische oder gesellschaftlich unerwünschte Verhaltensweisen von Jugendlichen (vgl. Kindler/ Lillig 2011). Oder um es prägnant zu formulieren: Nicht alles was Kinder und Jugendliche gefährdet ist auch eine *Kindeswohlgefährdung*!

Die beiden Anforderungen an das Konstrukt der Kindeswohlgefährdung bedeuten weiterhin, dass für jede „Problemverhaltensweise“ geprüft werden muss, ob und wie diese bei „natürlichem Verlauf“ eine erhebliche Schädigung - empirisch gesichert - verursachen wird. Dies bedeutet in der Folge, dass viele vermeintliche Indikatoren für eine Kindeswohlgefährdung von Jugendlichen (z.B. Schulabsentismus oder Kriminalität im Jugendalter) äußerst differenziert betrachtet werden müssen (vgl. Kindler 2010, S. 136ff) und sich ausschließlich in einer Gesamtbewertung der Lebenssituation als ein gewichtiger Anhaltspunkt für eine mögliche Kindeswohlgefährdung darstellen können. Ein weiteres mögliches Ergebnis einer solchen Betrachtung könnte in der Folge sein, dass sich Anhaltspunkte für eine „dem Wohl des Kindes nicht förderliche Erziehung“ (§ 27 SGB VIII), jedoch keine „gewichtigen Anhaltspunkte“ im Sinne des § 8a SGB VIII ergeben. Weiterhin gilt es, gesellschaftlich umstrittenes oder unerwünschtes Verhalten Jugendlicher, auf welches eher reflexartig mit dem Ruf nach härterem Eingriff, mehr „Disziplin“ und stärkerem ordnungsrechtlichem Engagement von Polizei, Schule und Jugendämtern reagiert wird (vgl. Brumlik 2008), als solches zu identifizieren und zu bewerten.

### **3.2 Herausforderungen in der praktischen Arbeit**

Die geringere Thematisierung von Jugendlichen im Kontext des Schutzes vor Gefährdungen ist dabei nicht ausschließlich den semantischen oder konzeptionellen Fragen zuzuschreiben, sondern insbesondere auch den deutlich größeren Herausforderungen in der praktischen Arbeit.

Dabei ist sicherlich ein Grund für die besondere Inblicknahme von Säuglingen und Kleinkindern unter einem Jahr deren besondere Vulnerabilität und die damit verbundene erhöhte Wahrscheinlichkeit für diese Kinder, Opfer von Misshandlung und Vernachlässigung zu werden (vgl. Fendrich/Pothmann 2009). Jedoch ist in der Folge diese Argumentation nur konsistent, wenn Jugendlichen denn dann ausreichend Selbstschutzmöglichkeiten besitzen. Ob dies tatsächlich so ist oder ob die



„Abwehr- und Selbsthilfefähigkeiten“ von Jugendlichen überschätzt und ihnen lediglich zugeschrieben werden, bleibt zumindest fraglich (vgl. Lillig 2011, S. 3). Jedoch ist ein zentraler Unterschied zwischen Kindern und Jugendlichen der formulierbare und selbstständig durchsetzbare Eigensinn.

Daran anknüpfend formuliert Kindler (2010) drei Gründe, die den professionellen Umgang mit Kindeswohlgefährdungen im Jugendalter im Vergleich zum Kindesalter erschweren und dazu beitragen, dass es „eine Tendenz gibt, sich Gefährdungsfällen bei Jugendlichen nicht in gleicher Weise zuzuwenden wie bei Kindern“ (Kindler 2010, S. 139).

- **„Überlernte Verhaltensmuster/Suchtverhalten/tiefgreifende Ambivalenz:**  
Im Jugendalter liegen häufig bereits überlernte, d.h. tiefgehend verankerte Verhaltensmuster vor oder chronifizierte Probleme, z.B. ein Suchtverhalten, wodurch positive Veränderungen nur noch schwer erreicht werden können. Hinzu kommt eine oft tiefgreifende Ambivalenz gegenüber Hilfe.
- **Autonomieansprüche/negative Fürsorgeerfahrungen:**  
Gleichzeitig haben die jugendlichen Autonomieansprüche; sie wollen sich nicht mehr so leicht reinreden lassen. Viele der Jugendlichen blicken auf eine Geschichte negativer Fürsorgeerfahrungen mit Erwachsenen zurück. Die Bereitschaft, Erwachsenen noch einmal zu vertrauen, ist dadurch wesentlich geringer als bei jüngeren Kindern.
- **Handlungs-/Widerstandsfähigkeit**  
Schließlich können Jugendliche Schutzmaßnahmen wesentlich deutlicher widersprechen oder sich ihnen entziehen.“ (Kindler 2010, S. 139)

Die von Kindler aufgeführten Gründe machen deutlich, dass bereits länger andauernde Verhaltensmuster eine erhöhte Anforderung an Fachkräfte und organisationale Vorgaben zum Schutz von Jugendlichen stellen. Insbesondere sind jedoch Autonomieansprüche verbunden mit der körperlichen und kognitiven Fähigkeit diese auch in konkretes Handeln umzusetzen zentraler Unterschied zu Kindern und erschweren vor allem solches „Kinderschutzhandeln“, welches sich an bürokratisch und technologisch geleiteten, starren Verfahren orientiert und den Eigensinn, die eigenen subjektiven Vorstellungen der Adressat\_innen nicht berücksichtigt. Jugendliche können sich hier Schutzmaßnahmen entziehen, widersprechen und auch beim Vorliegen „gewichtiger Anhaltspunkten“ ihren Eigensinn und ihre entwickelte Autonomie einsetzen (vgl. Wazlawik 2014a; Wazlawik 2012). Aus der Perspektive, dass „Kindeswohl“ zunächst im BGB als Hilfskonstruktion für Eingriffe in Erziehungsrechte bei nicht strafmündigen Kindern und für Verstöße gegen Ordnungsvorstellungen, die keine strafrechtliche Relevanz besaßen, konzipiert wurde (vgl. Oelkers 2011), scheint es zumindest aus diesem historischen Blick mit erklärbar, warum Jugendliche in einem geringeren Maße als Adressaten der Kinderschutzdebatte wahrgenommen werden. Für deren politisch gewollte Sanktionierung gab und gibt es neben dem Konstrukt der Kindeswohlgefährdungen über die Jugendgerichtsgesetze weitere vermeintliche Korrektur- und Sanktionsmöglichkeiten, die sich zudem in ihrer Verantwortungsadressierung an den Jugendlichen richten und dabei nicht, wie beim Konstrukt der

Kindeswohlgefährdung, den (Um-) Weg über die Eltern und ihr reales oder vermeintliches Erziehungsverhalten gehen.

Klar ist jedoch, dass natürlich auch Jugendliche aus ihrer Grundrechtsträgerschaft und aufgrund ihres Alters die gleichen Rechte wie Kinder auf ein unversehrtes Aufwachsen und dabei auf eine professionelle Unterstützung ihrer Rechtsposition und in ihrem Schutz- und Förderungsbedürfnis haben. Zu überprüfen und zu entwickeln wird sein, in welcher Form diese Sicherung der Rechte von Jugendlichen ausgestaltet werden kann. Unter Berücksichtigung der aufgeführten Adaptionschwierigkeiten bleibt es zumindest diskutabel, inwieweit Konzepte und Vorgehensweisen aus dem Bereich des Kinderschutzes auf den Bereich des Schutzes von Jugendlichen vor Gefährdungen zu übertragen sind (vgl. Böllert/Wazlawik 2011). Diese Nichtübertragbarkeit verweist auf die Herausforderung im Kontext des Schutzes von Jugendlichen, dass möglichen Gefährdungslagen von Jugendlichen mit den bekannten (wenn auch ebenfalls nicht immer bewährten) Mitteln und Instrumenten eines „defensiven Kinderschutzes“ (Ziegler 2010, o.S.; vgl. Kapitel 2.3 dieser Expertise), der sich in einer reinen Gefährdungsabwehr und des Schutzes von „Leib und Leben“ erschöpft, nicht angemessen begegnet werden kann

### **3.3 Anzeichen für eine Gefährdung von Jugendlichen - Ein Orientierungsversuch anhand des §8a SGB VIII**

Neben all der Vorrede und den problematisierenden und diskutierenden Fragestellungen in den vorherigen Kapiteln bleibt ja die Frage zunächst offen, was dies für den Umgang mit Gefährdungsanzeichen bei Jugendlichen bedeutet. Dies soll beispielhaft an den Verfahrensschritten des §8a SGB VIII deutlich gemacht werden (vgl. Wazlawik 2014a; ebd. 2014b). Spätestens mit der Einführung des §8a SGB VIII im Jahre 2005, seiner Novellierung im Jahr 2012 und der gleichzeitigen Einführung des §4 KKG ist der Auftrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen expliziert worden und mit dem Beratungsanspruch im §8b SGB VIII auf de facto alle Menschen, die sich beruflich mit Kindern und Jugendlichen befassen, ausgeweitet worden. Insbesondere jedoch die Kinder- und Jugendhilfe und die im §4 KKG aufgeführten Personengruppen haben eine explizite Schutzverpflichtung und einen Auftrag zur Einschätzung und zum Handeln in Gefährdungssituationen von Kindern und Jugendlichen. Jedoch ist im Gegensatz zur alltagssprachlichen Annahme bspw. der §8a SGB VIII kein „Kinderschutz-Paragraph“, der damit semantisch auch eine Alterszielgruppe benennt, sondern regelt

den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung in der Kinder- und Jugendhilfe. Betroffen von einer Kindeswohlgefährdung können dabei, wie oben näher beschrieben, Kinder *und* Jugendliche sein. Weiterhin ist das Ziel der Regelungen im §8a SGB VIII und im §4 KKG nicht die schnelle Weitergabe und Meldung an das Jugendamt, sondern die einschlägigen Regelungen verpflichten Fachkräfte auf eine spezifische Vorgehensweise, die u.a. eigene Hilfezugänge schaffen und aufrecht erhalten soll und die insbesondere ein spezifisches Verfahren zur Gefährdungseinschätzung vorgibt. Dabei lassen sich sowohl im §8a, Absatz 1 SGB VIII für die Jugendämter, im §8a SGB VIII, Abs. 4 für Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, als auch im §4 KKG für bestimmte Berufsgruppen Anforderungen des Gesetzgebers an Verfahren zur Ausgestaltung des Schutzauftrages stellen, welche im Folgenden bezogen auf die Gefährdungen von Jugendlichen erörtert werden.

*„Bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte auf eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen“*

Der Gesetzgeber greift hier den Wortlaut des §1666 BGB auf, in dem er deutlich von einer „Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen“ spricht und grenzt somit das Vorgehen ab von dem Vorliegen einer Nicht-Gewährleistung „einer dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung“ und somit dem Vorliegen eines Rechtsanspruches der Personensorgeberechtigten auf eine Hilfe zur Erziehung nach §§27ff. SGB VIII. Diese Formulierung „Gefährdung“ weist darauf hin, dass der Gesetzgeber die Schwelle zum Einschreiten des Jugendamtes bewusst höher gehängt hat (vgl. Münder 2006, S. 166). Zudem will der Gesetzgeber mit dem Topos der „gewichtigen Anhaltspunkte“ sicherstellen, dass Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe nicht in „(möglicherweise schädlichen) Aktionismus verfallen“ (Schone 2006, S. 2). Dabei gilt, dass nicht jedes normabweichende Verhalten im Jugendalter auch gleichzeitig ein Anzeichen für eine Kindeswohlgefährdung ist. Ein zentrales Einschätzungskriterium ist dabei der „natürliche Verlauf“ von Gefährdungslagen. So verweisen Kindler/Lillig darauf, dass ein im Jugendalter ausgebildetes manifestes Suchtverhalten mit ziemlicher Sicherheit eine erhebliche Gefährdung darstellen kann, experimentelles Verhalten mit Suchtmittel im Jugendalter dagegen nicht. Je nach Intensität des experimentellen Verhaltens ist dies u.U. ein Anzeichen für die Notwendigkeit pädagogischer Interventionen, jedoch kein Anzeichen für eine Kindeswohlgefährdung (2011). Dabei zu berücksichtigen, sind die beiden in Kapitel 3.1. dargestellten verschiedene Arten von Gefährdungen - „klassische Gefährdungslagen“, welche durch direktes Tun oder Unterlassen von Personensorgeberechtigten entstehen können und somit den Jugendlichen schädigen und „Gefährdungen als Transaktion im Jugendalter“. Mit dieser Kategorie ist eine nicht-adäquate und erwartbare Reaktion von Eltern auf ein spezifisches Problemverhalten von Jugendlichen gemeint, welche ohne Reaktion eine

erhebliche Schädigung zu erleiden drohen. Jedoch ist in dieser Kategorie nicht das Problemverhalten, sondern die ausbleibende oder unzureichende Reaktion der Eltern einzuschätzen, ohne dass jedoch damit ein „Erfolg“ im Sinne einer Veränderung des zuvor markierten Problemverhaltens gemeint ist. Mit der hier erneut aufgegriffenen Differenzierung von klassischen Gefährdungslagen und Gefährdungen als Transaktion im Jugendalter wird deutlich, dass beide Gefährdungsgruppen bei der Einschätzung einer Gefährdungslage bei Jugendlichen zu berücksichtigen, jedoch in unterschiedlicher Art und Weise aufzugreifen sind.

Kindler verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die meisten „Problemverhaltensweisen ätiologisch offen sind, also verschiedene Ursachen haben können“ (Kindler 2010, S. 135). Daher ist in der Regel die Suche nach den Ursachen müßig, da sie nur in den seltensten Fällen fachlich hinreichend beantwortet werden kann. Jedoch ist der weitere Verlauf von „Problemverhaltensweisen“ relevant und kann in vielen Fällen aufgrund von Längsschnittstudien fachlich hinreichend prognostiziert werden. Daraus ergibt sich hinsichtlich der Gefährdungen als Transaktion im Jugendalter eine doppelte Einschätzungsaufgabe für die beteiligten Fachkräfte. Die Anforderungen an das Konstrukt der Kindeswohlgefährdung bedeuten, dass für jede „Problemverhaltensweise“ geprüft werden muss, ob und wie diese bei „natürlichem Verlauf“ eine erhebliche Schädigung – empirisch gesichert – verursachen wird und somit als gewichtiger Anhaltspunkt im Sinne des §8a SGB VIII gewertet werden kann. Erst dann kann und muss geprüft werden, inwieweit Eltern bereit und in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden, sprich inwieweit sie hinsichtlich der Problemverhaltensweise ihres jugendlichen Kindes interveniert haben.

Diese zwei Bedingungen für das Konstrukt „Gewichtige Anhaltspunkte“ verweisen auf den rechtssystematischen Ursprung des Konstrukts „Kindeswohlgefährdung“ und verdeutlichen, dass der Kinderschutz bzw. der Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen sich nicht in eingriffsrechtlichen Bestimmungen erschöpft. Ebenfalls verweisen diese Bedingungen auf den subsidiären Rang des staatlichen Wächteramtes und der Kinder- und Jugendhilfe sowie auf das rechtliche Primat der Eltern bei der Abwendung der Gefährdung. Erst wenn Eltern nicht gewillt oder in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden oder die gefährdenden Lebensbedingungen zu ändern, besteht ein Eingriffsrecht und eine Eingriffsverpflichtung der Akteure des staatlichen Wächteramtes. Nichtsdestotrotz ist es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, auch bei Nicht-Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung im Sinne der §§ 8a SGB VIII, bzw. 1666 BGB, Eltern zur Unterstützung ihrer elterlichen Verantwortung Hilfe und Unterstützungsangebote zu unterbreiten (vgl. §1 SGB VIII). Dies bedeutet in der Folge, dass viele vermeintliche Indikatoren für eine Kindeswohlgefährdung von Jugendlichen (z.B. Schulabsentismus oder Kriminalität im Jugendalter) äußert differenziert betrachtet werden müssen (vgl. Kindler 2010; Kindler/Lillig 2011) und sich ggf. ausschließlich in einer Gesamtbewertung der

Lebenssituation als ein gewichtiger Anhaltspunkt für eine mögliche Kindeswohlgefährdung darstellen können, nicht jedoch als ein isolierter Punkt in einer Betrachtung.

*„Das Gefährdungsrisiko abschätzen/eine Gefährdungseinschätzung vornehmen“*

Bei der Einschätzung einer Gefährdungssituation gilt es, diese grundsätzlich mindestens in Bezug auf fünf Punkte zu bewerten: (1) der möglichen Schädigungen, die der Jugendliche in ihrer/seiner weiteren Entwicklung aufgrund vorliegender (negativer) Lebensumstände erfahren könnte, (2) der Erheblichkeit der Gefährdungsmomente, d. h. Intensität, Häufigkeit und Dauer des schädigenden Einflusses bzw. der Erheblichkeit des erwarteten Schadens, (3) des Grades der Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts (damit gemeint ist eine Prognose, die die Beurteilung zukünftiger Einflüsse, vor denen das Kind bzw. die/der Jugendliche zu schützen ist, bzw. angenommene oder befürchtete Entwicklungen des Kindes beinhaltet), (4) der Fähigkeit der Eltern(teile) sowie (5) Bereitschaft, die Gefahr abzuwenden bzw. die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen, (vgl. Schone 2008, S. 29f). Dabei ist die Einschätzung dieser Gefährdungslage aufgrund derselben gesetzlichen Grundlagen zunächst gleichlautend bei Kindern und Jugendlichen zu treffen. Dabei ist jedoch bezogen auf Jugendliche insbesondere die Frage der Einschätzung von „Problemverhaltensweisen“ zu berücksichtigen und die Unterscheidung bzw. die fachliche Einschätzung zwischen problematischen Verhaltensweisen und „gewichtigen Anhaltspunkten“ im Sinne des §8a SGB VIII zu berücksichtigen und fachlich und differenziert herauszuarbeiten.

In dem Zusammenhang gilt es, bei einer Bewertung der elterlichen Reaktionen auf die als gewichtiger Anhaltspunkt für eine Kindeswohlgefährdung gewerteten Problemverhaltensweisen und die damit wiederum verbundenen zwei Ausgangssituationen, dass Eltern Hilfe (zur Erziehung) annehmen wollen und können bzw. dass Eltern Hilfe (zur Erziehung) nicht annehmen wollen und/oder können, zu verweisen (vgl. Schone 2008). Bisher unzureichend gesetzlich geregelt ist der Punkt, wenn es zwar eine Mitwirkungsbereitschaft der Jugendlichen gibt, die Eltern jedoch aus Ansprechpartner\_innen ausfallen oder eine kontroverse Perspektive zum Jugendlichen einnehmen. Hier sind die entsprechenden perspektivischen Neuregelungen in der Novellierung des SGB VIII abzuwarten. In Kombination mit wiederum zwei differenten Problemlagen – eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung ist „nur“ nicht gewährleistet und das Kindeswohl ist gefährdet – besteht die Verpflichtung des Jugendamtes z.B. zur Einschaltung des Familiengerichtes nur in den Fällen, in denen das Wohl des Kindes gefährdet ist und Eltern Hilfen nicht annehmen (können oder wollen). In allen anderen Fällen ist ein Eingriff bzw. eine Hilfe gegen den Willen der Eltern nicht möglich, da eine Verpflichtung zur Annahme von Unterstützungsleistungen nicht existiert. Wenn sich also eine

Problemverhaltensweise des Jugendlichen in der Betrachtung des prognostizierbaren Verlaufes als „gewichtiger Anhaltspunkt“ klassifizieren lässt, muss bei fehlender Mitwirkungsbereitschaft der Eltern dies als Kindeswohlgefährdung gewertet werden (vgl. Kindler 2010, S. 135f), wenn die Eltern jedoch „prinzipiell geeignete und Erfolg versprechende Maßnahmen“ (Kindler/Lillig 2011, S. 10) ergriffen haben, die jedoch nicht zu einem Erfolg führen, wäre dies u.U. lediglich ein Anlass für eine freiwillige Hilfe zur Erziehung nach § 27 ff SGB VIII, jedoch keine Kindeswohlgefährdung. In der weiteren Folge dieser Überlegungen kann es zu folgenden Situationen kommen:

„Stellt sich die Situation im Einzelfall etwa so dar, dass ein Jugendlicher/eine Jugendliche zwar ein erhebliches Problemverhalten zeigt, die Eltern als Sorgeberechtigte aber mit prinzipiell geeigneten und Erfolg versprechenden Maßnahmen versuchen, hierauf einzuwirken, so sind die Instrumente des eingriffsorientierten Kinderschutzes nicht geeignet. Vielmehr kann es dann nur um unterstützende Hilfeangebote der Jugendhilfe gehen“ (Kindler/Lillig 2011, S. 10)

*„die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden“*

Diese Norm in den einschlägigen Regelungen und Verfahren zum Schutz von Kindern und Jugendlichen verweist zum einen auf den partizipativen und subsidiären Charakter der Kinder- und Jugendhilfe, als auch auf den „Ort der Informationsgewinnung“. Es wird hiermit nochmal deutlich, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht eine Form pädagogischer Kriminalistik ist, sondern notwendige Informationen durch Einbeziehung von Jugendlichen und ihren Eltern gewonnen werden sollen. Daher sind Jugendlichen als „mitgestaltende Subjekte des Hilfeprozesses“ und nicht als „Objekte elterlicher Erziehungsverantwortung“ zu betrachten und mit einzubeziehen (vgl. Münder 2006, S. 169). Diese Subjektstellung ist insbesondere im Kontext des Schutzes von Jugendlichen vor Gefährdung von enormer Bedeutung. Wenn diese Subjektstellung ernst genommen wird, so bedeutet dies gerade bei „divergierenden Zielen von Jugendhilfe und Jugendlichen“ (Lillig/Permien 2011, S. 52) einen erhöhten Aushandlungsbedarf, der gesteigerte Anforderungen an den Prozess der Gefährdungseinschätzung und die beteiligten Fachkräfte stellt.

Gleichzeitig wird in empirischen Untersuchungen (Wazlawik 2012) deutlich, dass der Einbezug von Jugendlichen eine voraussetzungsvolle Aufgabe ist und Jugendliche insbesondere das Interesse und die Zugewandtheit der einzelnen Mitarbeiter\_innen in den Institutionen differenziert einschätzen. Dabei begründen sie subjektiv und detailliert die unterschiedliche Qualität der Beziehung zu den einzelnen Mitarbeiter\_innen als Voraussetzung für eine Beteiligung bspw. in Gefährdungseinschätzungsverfahren. Diese Differenzierung in der Akzeptanz und Wertschätzung ist ein prägnantes Merkmal im empirischen Material der eigenen Untersuchung (ebd.) und verweist darauf, dass der

Einsatz für und das Interesse an den Jugendlichen subjektiv elementar sind. Wertschätzung, Interesse und Respekt scheinen für die Jugendlichen Voraussetzungen für den ernst gemeinten Kontakt mit den Mitarbeiter\_innen der Institutionen zu sein. Dies ist sicherlich keine neue Erkenntnis, ganz im Gegenteil. Das empirische Material verweist jedoch auf den grundlegenden Charakter dieser Voraussetzungen für die Beteiligung von Jugendlichen. Dabei verweisen die befragten jugendlichen Expert\_innen auf einen angemessenen Umgang mit ihnen als Adressat\_innen, auf respektvolles Verhalten, was auch durch den Verweis auf gesetzliche Grenzen deutlich wird und – wiederum – auf den Einsatz und das Interesse für sie. Dieses „Kümmern“ stellt einen Referenzmaßstab für die von den Jugendlichen subjektiv empfundene Responsivität der handelnden Mitarbeiter\_innen und somit auch der Institution dar (vgl. ebd.). In der Folge betont dies den sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Anteil der Arbeit im ASD, die in der Praxis häufig von verwaltungsrechtlichem Handeln oder pädagogischer Formalisierung überlagert wird.

*„Auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken“*

Im Unterschied zu einer Gefährdungsabschätzung bei Kindern ist es in der Abschätzung einer Gefährdungslage bei Jugendlichen für den Erfolg von Schutzmaßnahmen wichtig, „wenn Jugendliche sie zumindest tolerieren“ (Kindler/Lillig 2011, S. 14). Dabei ist es zum einen zentral, Jugendliche in die Gefährdungsabschätzung und den Prozess der Schutz- und Hilfeplanung mit einzubeziehen und diesen transparent zu gestalten. Rekuriert wird mit dieser Forderung auf die gesetzliche Normierung, dass die angemessene Beteiligung von Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen und die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Bedürfnisse mit fortschreitendem Alter einen höheren Stellenwert bekommen und somit gerade in einer Situation, die u.U. besondere Auswirkungen auf ihre weitere Lebenssituation hat, zentral ist (§ 1626 Abs. 2 BGB; vgl. auch Meysen 2008, S. 19; Mündler/Mutke/Schone 2000, S. 20; Pöter 2011, S. 8). Kindler/Lillig verweisen in dem Zusammenhang auf häufige Ambivalenzen der Jugendlichen hinsichtlich „einem Wunsch nach Schutz und einem Wunsch nach Unabhängigkeit“, der aus einem Spannungsfeld von Idealisierung und Distanzierung hinsichtlich der Eltern und der Familie der Jugendlichen resultiert und für die Fachkräfte erhöhte Anforderungen an die Einschätzung dieser Ambivalenzen stellt, um Schutzmaßnahmen adäquat zu gestalten (vgl. Kindler/Lillig 2011, S. 14). Dabei scheinen Techniken und Methoden der Beratung von Jugendlichen zielführend zu sein (vgl. ebd.; ausführlich dazu Geldard/Geldard 2010; Pöter 2011). Dabei wird deutlich, dass die Teilhabe des jungen Menschen an diesem Prozess zentral ist, solange der wirksame Schutz des Jugendlichen dabei nicht in Frage gestellt wird. Zentral ist dies vor allem deswegen, da gegen den Willen eines/einer Jugendlichen nur in sehr begrenzten Fällen interveniert

werden kann (vgl. Kindler/Lillig 2011). Jedoch kann es sein, dass in bestimmten Fällen im Sinne des/der Jugendlichen auch gegen den Willen der Eltern interveniert werden muss. Dies wird besonders deutlich an Gefährdungslagen, die aufgrund von Autonomiekonflikten zwischen Eltern und dem/der Jugendlichen entstehen (vgl. Münder/Mutke/Schone 2000), oder insbesondere an Fällen von Gewalt (-androhungen) im Kontext von angedrohten oder vollzogenen Zwangsverheiratungen (vgl. Mirbach et al 2011). Jedoch wird auch deutlich, dass die Interventionsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe in Gefährdungslagen junger Menschen dann begrenzt sind, wenn auf der einen Seite eine Gefährdung vorliegt, der/die Jugendliche Hilfen aber ablehnt und das 18. Lebensjahr vollendet hat (vgl. Böllert/Wazlawik 2012). Hier ist die grundgesetzlich gesicherte Autonomie des jungen Erwachsenen anzuerkennen, gleichzeitig sind z.B. Hilfen für junge Volljährige bei einer Problemakzeptanz und Problemkongruenz zu gewähren. Hier ist darauf hinzuweisen, dass auch die Hilfen für junge Volljährige eine Pflichtaufgabe (Soll-Bestimmung) und nicht eine Wahlaufgabe des öffentlichen Trägers ist. Ebenso gilt dies für Jugendliche kurz vor der Vollendung des 18. Lebensjahres. Hier bleiben das Werben um die Annahme von Hilfsangeboten und niedrigschwelligen Angeboten zur Herstellung einer Vertrauensgrundlage für weitergehende Hilfebeziehungen zielführend (vgl. Kindler/Lillig 2011, S. 15).

Aus den sich im Jugendalter ausprägenden Autonomiebestrebungen ergibt sich eine „Neutarierung des Verhältnisses von Autonomie und Verbundenheit gegenüber den Eltern“ (Kindler/Lillig 2011, S.12). Wenn nun in solchen Krisen im Einzelfall notwendige Interventionen der Jugendhilfe nicht im Einklang mit den Sorgeberechtigten ausgestaltet werden können, dann kommt ein Eingriff in das elterliche Sorgerecht in Frage, „wenn das Problemverhalten eines oder einer Jugendlichen akut oder bei ‚natürlichem‘ Verlauf (d.h. ohne Intervention) eine ‚erhebliche Schädigung‘ im Sinne des §1666 BGB erwarten lässt und zugleich Eltern ihrer Verantwortung nach Art. 6 GG, schützend, unterstützend und korrigierend auf die Entwicklung ihres Sohnes bzw. ihrer Tochter einzuwirken, nicht oder nur in deutlich ungeeigneter Weise (z.B. durch Schläge) nachkommen“ (Kindler/Lillig 2011, S. 12).



## 4. Zusammenfassung und Perspektiven für die Praxis

Im Rahmen dieses vierten Kapitels sollen Perspektiven aus den vorangegangenen Kapiteln für die Praxis entwickelt werden. Dabei sind diese weder vollständig noch eins zu eins umsetzbar. Sie dienen auch nicht als „Rezeptbuch“, sondern als Anregung zur Auseinandersetzung vor Ort.

- **Etablierung einer dauerhaften und wissenschaftsorientierten Reflexion und Aushandlung in der jeweiligen Institution über Begrifflichkeiten und insbesondere über den Begriff „Gefährdungen“, vor denen Jugendlichen geschützt werden sollen.**

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen kommt nicht ohne eine dauerhafte und institutionalisierte Form der Auseinandersetzung über die Begriffe ‚Gefährdungen‘, Schutzziele und Schutzzwecke aus. Dabei geht es auch um eine wissenschaftsorientierte, gesellschaftspolitisch reflektierte und transparente Form der Begleitung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, welche nicht der Gefahr unterliegt, moralpanischen oder politisch-opportunen Präventionsideen hinterherzulaufen.

- **Entwicklung eines aus dem Geist des SGB VIII geprägten Verständnisses des Schutzes von Kindern und Jugendlichen.**

Im Kontext des Schutzes von Kindern und Jugendlichen zeigt sich in einer expliziten Art und Weise die Verknüpfung beider zentralen Aspekte der Jugendhilfe, die sowohl auf die Förderung des Wohls von Kindern und Jugendlichen als auch auf eine Abwehr von Gefährdungen für das Wohl von Kindern und Jugendlichen abzielt. Analytisch kann hier von einer Verschränkung von ordnungsrechtlichen Funktionen und dienstleistungstheoretischen Grundannahmen der Jugendhilfe gesprochen werden. Sichtbarer Beleg für die Verankerung dieser Grundsätze ist der §1 SGB VIII, der in einer Generalklausel für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe den „defensiven“ Schutzauftrag mit einer Verpflichtung zur Gestaltung förderlicher Lebensbedingungen und zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Eltern verbindet und somit den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdungen als obligatorischen und konstitutiven Bestandteil von Kinder- und Jugendhilfe verbindet. Diese Verschränkung scheint sich in der Debatte um den Schutz von Kindern und vor allem von Jugendlichen aufzulösen und sich hin zu einer stärkeren Betonung des ordnungsrechtlichen Eingriffsdenkens zu verschieben, welches sich eher auf „Muster der Fürsorgetradition“ (vgl.

Bundesjugendkuratorium 2007, S. 9) bezieht und gleichzeitig Angebote mit einer allgemeinpräventiven Ausrichtung wie den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz beinahe marginalisiert. Dies führt gerade in Bezug auf Jugendliche eher zu einer verkürzten Problembeschreibung, zu unzureichenden und nicht passenden Angeboten. Überdies haben diese Subjektivierungstendenzen zur Folge, Prozesse der „Risikogruppenbildung“ zu unterstützen (vgl. Anhorn 2010). Hier gilt es, die unterschiedlichen Aufträge des SGB VIII (vgl. §1 SGB VIII) miteinander zu vereinbaren und in eine entsprechende Konzeption umzusetzen.

- **Verständnis von Kinderschutz und Gefährdung als nicht delegierbares Moment jeglicher Hilfe.**

Die ganze Debatte um den Schutz von Kindern und Jugendlichen verlagerte sich in den vergangenen Jahren zumeist auf den Kontrollaspekt Sozialer Arbeit. Dabei geht zum einen die nicht auftrennbare Antinomie von „Hilfe und Kontrolle“ verloren oder unter Aspekten von Spezialisierung und „Risikomanagement“ werden diese beiden konstitutiv miteinander verbundenen Aufträge Sozialer Arbeit personell oder gar strukturell different wahrgenommen. Daraus ergibt sich eine Aufspaltung der Mandate Sozialer Arbeit, die eher deprofessionalisierenden Charakter für die Profession der Sozialen Arbeit aufweist und auf Schein-Sicherheiten setzt. Die Debatte um den Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen verweist systematisiert auf die Untrennbarkeit dieser und auf die Begrenzungen eines „defensiven“ Schutzes vor Gefährdungen.

- **Partizipation der Adressat\_innen.**

Weiterhin bleibt zu fragen, inwieweit Jugendliche (wie auch deren Eltern) am Diskurs zur Benennung von Gefahren und darüber hinaus an der konkreten Bearbeitung möglicher Anhaltspunkte für Gefährdungen beteiligt sind. In dem Zusammenhang ist Partizipation von Adressaten nicht nur zentrales Struktur- und Prozessmerkmal der Kinder- und Jugendhilfe, sondern eine von Kindern und Jugendlichen als substanziell empfundene Beteiligung hat Einfluss auf die Verwirklichungschancen (Capabilities) (vgl. Albus et al. 2009) und kann somit zu einem „offensiven“ Verständnis von Kinder- und Jugendschutz beitragen. „Die Capability for voice verweist auf jenen prozessualen Aspekt von Freiheit, der sich auf die Realmöglichkeit bezieht, die eigenen Meinungen, Wünsche, Erwartungen zu äußern und

ihnen im öffentlichen, politischen Prozess Gehör und Gewicht zu verleihen, d.h. dafür zu sorgen, dass sie als relevante Perspektiven und wichtige Anliegen ernst genommen werden“ (Otto/Scherr/Ziegler 2010, S. 15). Bonvin verweist in dem Zusammenhang jedoch darauf, dass diese Art von Mitbestimmung und Demokratie von bestimmten Vorbedingungen abhängig ist: der Ausstattung mit politischen Ressourcen, der Anerkennung und Akzeptanz der Vielfalt möglicher legitimer „informationaler Basen von Urteilen über Gerechtigkeit“ sowie von der Nicht-Verpflichtung zu einer deliberativen und aktiven Partizipation (vgl. Bonvin 2009, S. 17f). Dies gilt es insbesondere im Rahmen von Hilfeplanungsprozessen und Einschätzverfahren im Kontext des Schutzes vor Gefährdungen zu reflektieren.

- **Qualitätsentwicklungsprozesse als Ausgangspunkt zur Entwicklung einer lokalen Strategie zum Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen.**

Mit der Einführung/Neufassung des §79/§79a SGB VIII im Jahre 2012 hat der Gesetzgeber ein Instrument und eine Aufforderung geschaffen, lokal in einen Qualitätsentwicklungsprozess einzusteigen, der vom öffentlichen Träger wie von freien Trägern partizipativ gestaltet sein soll. Auch für die oben vorgeschlagenen Reformulierungen und Überlegungen könnte dies der passende Ort für einen entsprechenden Qualitätsdialog sein.

- **Integrierte und partizipative Hilfeplanung statt formaler Schutzkonzepte**

Gerne hätte ich zum Schluss dieser Expertise Ihnen wissenschaftlich gut belegte Hinweise zur Ausgestaltung von Schutzkonzepten im Rahmen der Abwendung von Gefährdungen für Jugendliche gegeben. Neben der unstrittigen sprachlichen Hochkonjunktur einer für solche auch individuellen Schutzkonzepte<sup>2</sup> im Rahmen der Gefährdungsabwendung oder Hilfeplanung, bleiben jedoch die empirischen Belege für eine solche Vorgehensweise aus. In der einzigen dem Autor bekannten Studie von Lenkenhoff et al. (2013) zeigt sich, dass Schutzkonzepte im Rahmen von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung meistens einseitig von den Fachkräften in unklaren oder „latenten“ Situationen auferlegt wurde und diese gleichzeitig mit einem verstärkten Kontrollimpetus und verringerter Partizipationsrechte- und -

---

<sup>2</sup> Hier ist eine deutliche Abgrenzung zu sogenannten „Institutionellen Schutzkonzepten“ gegeben, die Einrichtungen als Präventionsmaßnahme zum Schutz vor und zum Umgang mit sexualisierter Gewalt entwickeln und vorhalten sollen.

möglichkeiten der Adressat\_innen einhergehen. Ob dies daher ein Modell für den Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen und der erhöhten Partizipationsnotwendigkeit ist, ist mehr als fraglich. Zielführender scheint hier eine fachlich fundierte und integrierte Hilfeplanung zu sein.

## 5. Literaturverzeichnis

- Albus, Stefanie et al. (2009): Elemente Wirkungsorientierter Jugendhilfe und ihre Wirkungsweisen: Erkenntnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Bundesmodellprogramms. In: ISA Planung und Entwicklung GmbH (Hrsg.): Schriftenreihe Wirkungsorientierte Jugendhilfe Band 9: Praxishilfe wirkungsorientierter Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung. Münster: ISA. S. 6-24.
- Anhorn, Roland (2010): Von der Gefährlichkeit zum Risiko – Zur Genealogie der Lebensphase „Jugend“ als soziales Problem. In: Dollinger, Bernd/ Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23-43.
- Babic, Bernhard (2011): Ohne intellektuelle Redlichkeit kein Fortschritt. Kritische Anmerkungen zum Umgang mit dem Capability Approach aus erziehungswissenschaftlicher Sicht. In: Sedmak, Clemens/ Babic, Bernhard/ Bauer, Reinhold/ Posch, Christian (Hrsg.): Der Capability - Approach in sozialwissenschaftlichen Kontexten. Überlegungen zur Anschlussfähigkeit eines entwicklungspolitischen Konzepts. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-91.
- Böllert, Karin/ Wazlawik, Martin (2011): Jugendliche schützen! – Eine Arbeitshilfe. Frankfurt, Internationaler Bund, Eigenverlag.
- Böllert, Karin / Wazlawik, Martin (2012): Kinderschutz als Dienstleistung für Kinder und Jugendliche. In: Thole, Werner/ Retkowski, Alexandra/ Schäuble, Barbara (Hrsg.): Sorgende Arrangements. Kinderschutz zwischen Organisation und Familie. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-39.
- Brumlik, Micha (Hrsg.) (2008): Ab nach Sibirien? Wie gefährlich ist unsere Jugend? Weinheim und Basel, Beltz.
- Bonvin, Jean-Michel (2009): Der Capabilities Ansatz und sein Beitrag für die Analyse gegenwärtiger Sozialpolitik. In: Soziale Passagen, 1 (2009) 1, S. 8-23.
- Bossong, Horst (2011): Wohl-Wollen, Staatsauftrag und professionelles Eigeninteresse. Eine Kritik aktueller fach-disziplinärer Maßstäbe in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, 41 (2011) 6, S. 591–618.
- Bundesjugendkuratorium (2007): Schutz vor Kindeswohlgefährdung. Anmerkungen zur aktuellen Debatte, München. (Online: [http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk\\_2007\\_stellungnahme\\_schutz\\_vor\\_kindeswohlgefahrdung.pdf](http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2007_stellungnahme_schutz_vor_kindeswohlgefahrdung.pdf); Zugriff: 26.5.2008).
- Bundschuh, Claudia (2011): Sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Institutionen. Expertise im Rahmen des Projektes „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jugend in Institutionen“ im Auftrag der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Calmbach, Marc / Thomas, Peter Martin/ Borchard, Inga/ Flaig, Bodo (2012): Wie ticken Jugendliche? Düsseldorf, Verlag Haus Altenberg.

- Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (2011): Gerechtigkeit im Kapitalismus: Anmerkungen zur affirmativen Normativität moderner Gerechtigkeitstheorien. In: Neue Praxis, 41 (2011) 4, S. 385-408.
- Fendrich, Sandra/ Pothmann, Matthias (2009): Gefährdungslagen für Kleinkinder in der Familie und die Handlungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe im Spiegel der Statistik. In: Beckmann, Christof/ Otto, Hans-Uwe/ Richter, Martina/ Schrödter, Mark (Hrsg.): Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. Neue Praxis Sonderheft 9. Lahnstein. S.160-170.
- Geldard, Kathryn/ Geldard, David (2010): Counselling adolescents. The proactive approach for young people. Thousand Oaks, CA.
- Griese, Hartmut (2005): Jugend. In: Günther, Albrecht/ Groenemeyer, Axel (Hrsg.) (2012)2: Handbuch Soziale Probleme. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 692 – 715.
- Hornstein, Walter (1979): Jugend als Problem. Analyse und pädagogische Perspektiven. Zeitschrift für Pädagogik, (1979) 25, S. 671-696.
- Humme, Mark (2013): „Kein Abschluss ohne Anschluss ...“ Jugendberufshilfe – Affirmation oder Kritik? Skizzen zum Verhältnis von Sozialpolitik und Jugendberufshilfe. In: Böllert, Karin/ Alfert, Nicole/ Humme, Mark (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Krise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-61.
- Hurrelmann, Klaus/ Quenzel, Gudrun (2012): Lebensphase Jugend. Weinheim, Beltz Juventa.
- Kindler, Heinz (2011): Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Fall sexueller Gewalt gegen Kinder. Expertise im Rahmen des Projektes „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jugend in Institutionen“ im Auftrag der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Deutsches Jugendinstitut und Amyna e.V., München.
- Kindler, Heinz/ Lillig, Susanna (2011): Kinderschutz bei Jugendlichen? - Schutzauftrag, Gefährdungsformen und Hilfen jenseits des 14. Lebensjahres. In: IzKK/DJI: Gefährdungen im Jugendalter. IzKK Nachrichten, (2011) 1, S. 10-16.
- Kindler, Heinz (2010): Kommentar: Gewichtige Anhaltspunkte (im Jugendalter). In: Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Tagungsdokumentation der Fachtagung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, Eigenverlag. S. 132-147
- Lenkenhoff, Mike/ Schone, Reinhold/ Knapp, Heidi/ Adams, Christina (2013): Schutzkonzepte in der Hilfeplanung. Eine qualitative Untersuchung zur Funktion und zur Wirkungsweise von Schutzkonzepten in der Hilfeplanung, Münster, LWL-Landesjugendamt.
- Leßmann, Ortrud (2011): Verwirklichungschancen und Entscheidungskompetenz. In: Sedmak, Clemens/ Babic, Bernhard/ Bauer, Reinhold/ Posch, Christian (Hrsg.): Der Capability - Approach in sozialwissenschaftlicher Kontexten. Überlegungen zur Anschlussfähigkeit eines entwicklungspolitischen Konzepts. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-75.
- Lillig, Susanna (2011): Editorial. In: IzKK/DJI: Gefährdungen im Jugendalter. IzKK Nachrichten, Heft 1, 2011. S. 3-4.

- Lillig, Susanna/ Permien, Hanna (2011): Hilfen für gefährdete Jugendliche – unterwegs in schwierigem Gelände. In: IzKK/DJI: Gefährdungen im Jugendalter. IzKK Nachrichten, 1/2011. S. 52-56.
- Lillig, Susanna (2014): Zentrale Aspekte bei der Beurteilung von Gefährdungen im Jugendalter. In: Sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit. 39. Jg., Heft 9-10, S. 30-37.
- Lutz, Tilman (2010): Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs. Wiesbaden, VS-Verlag.
- Maywald, Jörg (2009): Zum Begriff des Kindeswohls. Impulse aus der UN-Kinderrechtskonvention. In: IzKK/ DJI: UN-Kinderrechtskonvention – Impulse für den Kinderschutz. IzKK Nachrichten, Heft 1, 2009, S.16-20.
- Meysen, Thomas/ Eschelbach, Diana (2012): Das neue Bundeskinderschutzgesetz. Baden-Baden: Nomos.
- Meysen, Thomas (2008): Das Recht zum Schutz von Kindern. In: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hrsg.): Vernachlässigte Kinder besser schützen. Sozialpädagogisches Handeln bei Kindeswohlgefährdung. München, Reinhardt Verlag. S. 15-55.
- Mirbach, Thomas/ Schaak, Torsten/ Triebel, Katrin/ Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.) (2011): Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen. Berlin.
- Moser, Sonja (2010): Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Münder, Johannes/ Mutke, Barbara/ Schöne Reinhard (2000): Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz – Professionelles Handeln in Kindeswohlverfahren. Münster: Votum.
- Münder, Johannes (2006): Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder und Jugendhilfe. Weinheim und München, Juventa.
- Nieke, Wolfgang (2011): Soziale Gerechtigkeit als Bildungsziel. Soziale Passagen, 3 (2011) 2, S. 217-235
- Nussbaum, Martha (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt: Suhrkamp.
- Oelkers, Nina/ Schrödter, Mark (2008): Kindeswohl und Kindeswille. Zum Wohlergehen von Kindern aus der Perspektive des Capability Approach. In: Otto, Hans-Uwe/ Ziegler, Holger (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143-164.
- Oelkers, Nina (2011): Kindeswohlgefährdung: Selektive Korrektur elterlicher Erziehungspraktiken in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Dollinger, Bernd/ Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen. Wiesbaden, VS-Verlag. S. 263-281
- Otto, Hans-Uwe/ Scherr, Albert/ Ziegler Holger (2010): Wie viel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. In: Neue Praxis, 40 (2010) 2, S.137-163.

- Otto, Hans-Uwe/ Ziegler Holger (2008): Der Capabilites-Ansatz als neue Orientierung in der Erziehungswissenschaft. In: Otto, Hans-Uwe/ Ziegler Holger (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-13.
- Polutta, Andreas/ Albus, Stefanie (2010): Kinderschutz aus Kindersicht – Hinsichten auf Verwirklichungschancen. In: Müller, Regine/ Nüsken, Dirk (Hrsg.): Child Protection in Europe. Von den Nachbarn lernen – Kinderschutz qualifizieren. Waxmann [u.a.], S.221-239
- Pöter, Jan (2011): Beratung von Jugendlichen bei Anzeichen von Gefährdungen für ihr Wohl. Perspektiven aus der sozialpädagogischen Praxis. Münster, unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Sander, Uwe/ Witte, Matthias D. (2011): Jugend. In: Otto, Hans-Uwe/ Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit, München: Reinhardt, S. 658-669.
- Schone, Reinhold (2006): Schutzauftrag unter besonderer Berücksichtigung von Gegenstand und Verfahren zur Risikoeinschätzung. In: Institut für soziale Arbeit e.V. Münster (Hrsg.): Materialien zu den Informationsveranstaltungen der Stadt Münster: Kinderschutz – eine Aufgabe für alle Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. o.S.
- Schone, Reinhold (2008): Kontrolle als Element von Fachlichkeit in den sozialpädagogischen Diensten der kinder- und Jugendhilfe. Expertise im Auftrag der AGJ, Berlin, AGJ-Eigenverlag.
- Schone, Reinhold/ Hensen, Gregor (2011): Der Begriff der Kindeswohlgefährdung zwischen Recht und Praxis. In: Deegener, Günter/ Körner, Wilhelm (Hrsg.): Erfassung von Kindeswohlgefährdung in Theorie und Praxis. Hogrefe. S.13-29.
- Sen, Amartya (1992): Inequality Re-examined. Oxford: Oxford University Press.
- Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München, DTV.
- Steckmann, Ulrich (2008): Autonomie, Adaptivität und das Paternalismusproblem – Perspektiven des Capability Approach. In: Otto, Hans-Uwe/ Ziegler Holger (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 90-115.
- Wazlawik, Martin 2011: Adressaten der Kinderschutzdebatte. In: Böllert, Karin (Hrsg.): Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion. Wiesbaden, VS-Verlag. S. 15-30.
- Wazlawik, Martin (2012). Schutz von Jugendlichen vor Gefährdungen. Beteiligung und Responsivität. Perspektiven aus der Sicht Jugendlicher. Münster.
- Wazlawik, Martin (2014a): Kindeswohlgefährdung auch bei Jugendlichen? – Beeinträchtigungen des jugendlichen Wohlergehens und Schutz vor Gefährdungen. In: Sozialmaga-zin, 39 (2014), 9/10. S. 22 – 29.
- Wazlawik, Martin (2014b): Risiken und Gefährdungen im Jugendalter oder: Kinderschutz auch für Jugendliche? In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutzzentren (Hrsg.): Nur schwierig oder schon gefährdet? – Jugendliche in problematischen Lebenssituationen, Köln: Eigenverlag der Kinderschutzzentren. S. 68-79.



- 
- Ziegler, Holger (2010): Offensiver Kinderschutz für Jugendliche. Manuskript zum gleichnamigen Vortrag, gehalten auf der Fachtagung „Frühe Hilfen auch für Jugendliche“ der Fachgruppe Jugendhilfetagungen im Deutschen Institut für Urbanistik, 22.10.2010.
- Ziegler, Holger (2011): Ungleichheit, Agency und reale Verwirklichungschancen. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Mansel, Jürgen/Olk, Thomas (Hrsg.): Individualisierung von Jugend. Weinheim/ Basel: Beltz Juventa, S. 234 – 248.
- Ziegler, Holger/ Böllert, Karin (2011): Gerechtigkeit und Soziale Arbeit – Einige Anmerkungen zur Debatte um Normativität. In: Soziale Passagen, 3 (2011) 2, S. 165-175.